

## Wirksamkeit der Beschränkung eines Einspruchs gegen einen Strafbefehl auf die Rechtsfolgen; Unmittelbarkeitsgrundsatz

StGB §§ 113, 240; StPO § 250

1. Die Einspruchsbeschränkung folgt denselben Regeln wie die Berufungsbeschränkung.

2. Bestehende Lücken in den amtserichterlichen Feststellungen können in aller Regel durch das Berufungsgericht geschlossen werden. Für die Prüfung der Wirksamkeit der Berufungsbeschränkung ist entscheidend, ob die erstinstanzlichen Feststellungen abschließend und nicht beherrschbar unklar, lückenhaft, widersprüchlich oder so dürftig sind, dass sich Art und Umfang der Schuld nicht in dem zur Überprüfung des Strafauspruchs notwendigen Maße bestimmen lassen.

3. Der Revisionsführer hat die Umstände vorzutragen, die seiner Rechtsmeinung nach einer Urkundenverletzung entgegenstehen. Hierzu gehört auch der Vortrag, dass und warum ein Fall der vernachlässigungsverletzenden Urkundenverletzung vorlag, also die betreffende Beweisperson in der Hauptverhandlung nicht oder zumindest nicht zu dem verlesenen Inhalt einer Niederschrift über eine frühere Vernehmung oder einer von ihr stammenden Erklärung vernommen worden ist. In der Revisionsbegründung ist aufzuzeigen, dass keine der Ausnahmsvorschriften zu § 250 S. 1 StPO die geprüfte Urkundenverletzung gestattet hat. Die Revisionsbegründung muss zudem die vermeintlich rechtsfehlerhaft verlesene Urkunde im Wortlaut mitteilen. (amtl. Leitsätze)

KG, Beschl. v. 23.06.2025 – 3 ORs 20/25

Mitgeteilt vom 3. Senat für Bußgeldsachen des KG, Berlin.

## »Fernwirkung« bei gescheiterter Verständigung

StPO § 257c; EMRK Art. 6 Abs. 1

1. Das erstinstanzlich aufgrund einer getroffenen Verständigung erfolgte Geständnis des Angeklagten darf in der Berufungsinstanz jedenfalls dann nicht verwertet werden, wenn das Berufungsgericht den Angeklagten zu einer Strafe über der erstinstanzlich vereinbarten Strafobergrenze verurteilen will. Denn der Schutz des Angeklagten, welcher in dem Grundsatz des fairen Verfahrens (Art 6 Abs. 1 S. 1 EMRK) manifestiert ist, verlangt, dass ein verständigungsbasiertes Geständnis bei einer fehlgeschlagenen Verständigung unverwertbar ist, weil er dieses im Vertrauen auf die Einhaltung der vereinbarten Strafobergrenze abgelegt hat.

2. Das Verbot, das Geständnis zu verwerten, führt dazu, dass Schuldspruch und Rechtsfolgenausspruch rechtlich und tatsächlich nicht mehr selbstständig beurteilt werden können. Dem fair-trial-Grundsatz widerspräche es, wenn Gericht, Staatsanwaltschaft und Angeklagter sich – sei es unter den Voraussetzungen des § 257c StPO oder im Rahmen einer unzulässigen informellen Absprache – auf einen bestimmten Strafraum verständigt hätten, der Angeklagte mit Rücksicht darauf ein Geständnis abgibt, das Gericht absprachegemäß verurteilt, die Staatsanwaltschaft sodann aber gegen das Urteil Rechtsmittel mit dem Ziel einer hö-

heren Bestrafung einlegt, welche dann – letztlich auf der Grundlage des erstinstanzlichen Geständnisses – erfolgt.

OLG Naumburg, Beschl. v. 24.09.2024 – 1 ORs 112/24

Mitgeteilt von RA Jan-Robert Funck, Braunschweig.

## Erfordernis unverzüglicher Nachholung nach Verhinderung der Einhaltung der Urteilsabsetzungsfrist

StPO §§ 275 Abs. 1 S. 2, 330 Nr. 7

1. Ist das der rechtszeitigen (§ 275 Abs. 1 S. 2 StPO) Urteilsabsetzung entgegenstehende Hindernis mit der Wiederherstellung der Dienstfähigkeit des verhinderten Richters weggefallen, so ist das Urteil nunmehr unverzüglich, ohne jede weitere Verzögerung und mit Vorrang vor anderen Dienstgeschäften zu den Akten zu bringen. Diese Pflicht geht allen aufschiebbaren Dienstpflichten vor.

2. Auch bei einer auf Dauerarbeit beschränkten Arbeitszeitbelastung von 50 % kann ein Zeitraum von zwölf Wochen zwischen Wiederaufnahme der Dienstgeschäfte und Urteilsabsetzung nicht als »unverzüglich« gelten. Vielmehr ist in diesem Fall anzuschließen, dass die geleistete Dauerarbeit ausschließlich unaufschiebbar war. (amtl. Leitsätze)

KG, Beschl. v. 12.05.2025 – 3 ORs 60/25

Mitgeteilt vom 3. Senat für Bußgeldsachen des KG, Berlin.

## Überschreitung der Urteilsabsetzungsfrist

StPO §§ 275 Abs. 1 S. 2, 330 Nr. 7

1. Die Rüge der Verletzung des § 330 Nr. 7 i.V.m. § 275 Abs. 1 S. 2 StPO ist in der Regel zulässig erhoben, wenn der Beschwerdeführer das Datum der Urteilsverkündung, die Zahl der Hauptverhandlungstage, den Fristablauf und den Eingang der schriftlichen Urteilsurkunde bei der Geschäftsstelle mitteilt.

2. Solange die Akten noch in Papierform geführt werden, geschieht die von § 275 Abs. 1 S. 5 StPO verlangte Dokumentation des Eingangs der vollständigen Urteilsgründe üblicherweise durch den Vermerk der Geschäftsstelle auf der Urteilsschrift; angesichts dessen bedarf es für eine den Anforderungen gemäß § 344 Abs. 2 S. 2 StPO genügende Verfahrensrüge der Verletzung der Urteilsabsetzungsfrist über die Benennung des Eingangsvermerks der Geschäftsstelle hinaus nur dann der Mitteilung eines abtenantigen richterlichen Vermerks, wenn dieser sich zu dem Umstand verhält, dass das unterschriebene Urteil »auf den Weg zur Geschäftsstelle« verbracht wurde und insoweit einen vom Eingangsvermerk abweichenden, früheren Zeitpunkt benennt. (amtl. Leitsätze)

OLG Celle, Beschl. v. 25.11.2024 – 2 ORs 127/24

Mitgeteilt vom 2. Senat des OLG Celle und RA Elmar Böhm, Hamburg.